

Deutschlands Griff nach der Weltmacht

Bildungszeitung der SDAJ
#2 / 2016



SDAJ

Deutschlands Griff nach der Weltmacht

Text 1

Das deutsche Reich wurde 1871 nach dem gemeinsamen Sieg der verschiedenen deutschen Staaten im Deutsch-Französischen Krieg gegründet. Im Unterschied zu England und Frankreich wurde die nationale Einheit Deutschlands nicht im Verlauf einer bürgerlichen Revolution gegen den feudalen Adel, sondern durch die im Krieg gegen Frankreich siegreichen Fürsten und Könige unter Führung Preußens erreicht. Der Grund war die hinterherhinkende ökonomische Entwicklung: Deutschland war vor der Reichsgründung in zahlreiche kleine Staaten zersplittert, die politische und wirtschaftliche Macht lag vor allem beim Großgrundbesitz, also dem Adel. Dementsprechend sahen auch die wirtschaftlichen Strukturen aus: Die Industrie spielte gegenüber der Landwirtschaft eine eher untergeordnete Rolle. So ging auch die Formierung der Bourgeoisie zur Klasse erst sehr spät vonstatten. Erst im Jahr 1848¹, also etwa weit nach der Französischen Revolution von 1789, unternahm das deutsche Bürgertum einen Versuch, zur politischen Macht zu gelangen. Nachdem dieser misslungen war, schloss es seinen Frieden mit der Aristokratie. Der preußische Obrigkeitsstaat sorgte dafür, dass die Arbeiterklasse unterdrückt wurde und Löhne niedrig blieben. Der Adel kontrollierte weiterhin das Militär, während es dem Bürgertum gelang, eine Wirtschaftspolitik zur Entfaltung der kapitalistischen Triebkräfte durchzusetzen. Das unheilvolle Bündnis von Adel, Militär und Großkapital wurde erst 1945 aufgelöst – nach den katastrophalen Folgen zweier durch Deutschland begonnener Weltkriege.

Durch den Ausbau verschiedener Industriezweige versuchte Deutschland im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, seine zurückgebliebene wirtschaftliche Entwicklung ra-

sant aufzuholen. In dieser Zeit setzte sich in allen kapitalistischen Ländern die Tendenz zur Bildung von Großunternehmen durch, denn die neuen Industriezweige erhöhten die Mindestgröße des notwendigen Kapitals² und der notwendigen Produktionsausmaße. Zeitgleich kristallisierten sich immer weniger, dafür umso größere Banken heraus, die in der Lage waren, diese Unternehmungen zu finanzieren.

Der „Gründerkrach“³ von 1873 leitete eine Phase langwieriger und tiefgehender Wirtschaftskrisen ein, die zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen vernichtete und das Kapital in den Händen von immer weniger Kapitalisten konzentrierte. Der deutsche Staat unterstützte diesen Prozess aktiv, zum Beispiel durch den Aufbau einer Reichsbank und der Verstaatlichung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens. Dadurch wurde eine Entwicklung nachgeholt, die im Mutterland des Kapitalismus, im liberalen England, bereits in vollem Gange war und die in allen entwickelten kapitalistischen Staaten stattfand: Die Bildung von marktbeherrschenden Großunternehmen, die untereinander Absprachen darüber treffen konnten, wer welchen Markt und welche Rohstoffquellen bekommt, wer wie viel produziert und wie hoch die Preise sein sollen. Lenin nannte diese neuen Großunternehmen Monopole, das neue Stadium des Kapitalismus Monopolkapitalismus. Als entscheidendes Merkmal des Monopolkapitalismus benannte er daher das Umschlagen der freien Konkurrenz in das Monopol.

Der rasante technische Fortschritt ermöglichte eine fortschreitende Technisierung der Produktion. Die dafür notwendigen Anschaffungen, z.B. neue Maschinen, waren teuer und lohnten sich nur, wenn in riesigen Mengen produziert wurde. Die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um das für die neuen Anschaffungen nötige Kapital aufzubringen, beschleunigte den Prozess der Monopolbildung. Der ständige Bedarf an Geldmitteln zum Ausbau der Produktion führte auch zu einer vorher nie dagewesenen Bedeutung des Bankenwesens und letztlich zur Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital.

Als ‚Gründerkrach‘ wird der große Börsencrash von 1873 bezeichnet.

¹ Als „deutsche Revolution“ wird der bürgerliche Umsturzversuch von 1848 bezeichnet. Er stellte den ersten Versuch dar, einen einheitlichen, bürgerlich-demokratisch verfassten deutschen Nationalstaat zu errichten. Die Revolutionsbestrebungen scheiterten 1849 mit der Niederschlagung durch preußische und österreichische Truppen.

Einschub: Lenins Imperialismustheorie

Lenins Imperialismustheorie sieht in der Etablierung des Monopols eine grundlegend neue Qualität, ein neues Stadium des Kapitalismus. Im Folgenden werden dessen weitere Merkmale erläutert: die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital, die besondere Bedeutung des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport, die Aufteilung der Welt unter den Monopolen sowie die Aufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten.



Quelle: <http://fuclyeahsocialists.tumblr.com/post/14907516377>

Lenin untersuchte zunächst, wie sich die herrschende Klasse auf Grundlage des Monopols in der Industrie und dem Bankenwesen veränderte. Die langfristige Bindung von Geldkapital in riesigen Industrien und die Abhängigkeit der Industrie von fremdem Kapital führte zu einer Verschmelzung zweier vormals getrennter Bereiche: Banken kauften Aktien von Industrieunternehmen, gründeten neue Aktiengesellschaften, investierten in profitable Unternehmen, strukturierten unrentable Unternehmen um. Dadurch wurden sie selber zu direkten Eigentümern der Produktionsmittel. Umgekehrt drängte das Industriekapital ins Bankkapital. Industriemonopole kauften Aktien von Banken und eröffneten sogar eigene Banken. Damit hatten sie teil am Bankprofit und erhielten Kredite zu Vorzugskonditionen. Lenin nennt diesen Prozess die Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum Finanzkapital.

Das angehäuften Kapital wuchs derart an, dass es zu einem gewissen Teil nicht mehr profitabel in den Heimatländern der Monopole angelegt werden konnte. Zeitgleich zur Entstehung dieses Kapitalüberschusses entstand die Möglichkeit zum Kapitalexport in andere Länder, d.h. zum Investieren von Kapital ins Ausland. Dies waren zunächst die bereits früher eroberten Kolonien. Dort wurden Eisenbahnen und andere Verkehrswege und Infrastruktur fertig gestellt oder gebaut, die einen internationalen Waren- und Kapitalstrom neuen Ausmaßes ermöglichten.

Das Auftreten gigantischer Unternehmen auf dem Weltmarkt führte wiederum zu einem internationalen Konkurrenzkampf. Was auf nationaler Ebene möglich wurde, die Aufteilung des Marktes mit Hilfe von Absprachen, entstand auch auf internationaler Ebene. Un-

ternehmen der jeweiligen Branche schlossen einzelne Vereinbarungen ab oder bildeten Kartelle, die den Weltabsatzmarkt und die Rohstoffquellen untereinander aufteilten. Diese Absprachen sind immer nur von begrenzter Dauer, da sich die einzelnen Unternehmen unterschiedlich schnell entwickeln, neue Produktionszweige und damit neue Märkte entstehen und Rohstoffquellen versiegen können.

Das Phänomen der Herausbildung internationaler Zusammenschlüsse von Monopolen regte eine Diskussion innerhalb der, damals noch vorwiegend revolutionären, Sozialdemokratie¹ über die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus und dessen Bekämpfung an. Eine der zentralen Fragen in dieser Diskussion war die, ob diese internationalen Zusammenschlüsse sich auf eine Art weltumspannendes Ausbeutungskartell zubewegen, welches dann die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten, deren ungleichmäßige Entwicklung und damit auch die imperialistischen Kriege aufheben würde. Karl Kautsky entwickelte in diesem Zusammenhang die Theorie des „Ultraimperialismus“, die davon ausging, dass genau diese Aufhebung von Konkurrenz und Kriegen die logische Folge

¹ Ursprünglich herrschten in der Sozialdemokratie revolutionäre, marxistische Positionen vor. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP – Vorläuferorganisation der SPD) war 1869 unter dem Einfluss von Marx und Engels gegründet worden und stand in der Tradition des Bundes der Kommunisten. Mit der Zeit gewannen jedoch reformistische Positionen an Boden. Letztlich unterstützte die SPD 1914 den im Interesse des deutschen Kapitals geführten Weltkrieg, was zur Spaltung in einen revolutionären und einen reformistischen Teil führte. Ersterer schloss sich letztlich in der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen, letzterer in der SPD.

der zunehmenden Monopolisierung wäre. In seiner Imperialismusschrift griff Lenin diese Vorstellung scharf an und stellte ihre entscheidenden Fehler heraus:

1. Die Herausbildung des Imperialismus wurde nicht als eine Folge der zunehmenden Monopolisierung und der Herausbildung des Finanzkapitals, sondern nur als eine bestimmte Spielart der kapitalistischen Außenpolitik gesehen.

2. Mit der Theorie des Ultraimperialismus einher ging die Heilsversprechung, dass die verheerenden Folgen des Imperialismus sich irgendwann ganz von selbst aufheben würden.

Die Theorie des Ultraimperialismus besagte also letztlich, dass es sich bei den zahlreichen imperialistischen Kriegen nicht um eine notwendige Entwicklung zur Sicherung von Einflussphären und Absatzmärkten handelte, sondern um eine verfehlte Außenpolitik, die durch parlamentarische Mitbestimmung reformiert werden könnte. Die Bekämpfung der ökonomischen Grundlagen ihrer Entstehung (also die Macht der Monopole) wurde damit überflüssig, da die grundsätzliche Entwick-

lung ja für „gut“ und lediglich ihre konkrete Ausgestaltung für schlecht befunden wurde. Auch ignorierte sie völlig, dass die Konkurrenz durch die Monopolisierung innerhalb und zwischen den Nationalstaaten sogar noch verschärft wurde und zu Krieg, Elend und der Versklavung ganzer Völker in den Kolonien führte. Stattdessen prophezeite die Ultraimperialismustheorie eine in ferner Zukunft liegende Zeit des Friedens und der Stabilität nach der Herausbildung des weltumspannenden „Ultrakarrells“.

Wir sehen den Imperialismus nicht als eine bloße Form der kapitalistischen Politik, sondern als ein eigenes Stadium des Kapitalismus. Das heißt aber nicht, dass es keine Unterschiede in der konkreten (Außen-)Politik imperialistischer Staaten gäbe. Je nach militärischer Stärke und Interessenlage treten sie sehr verschieden auf; auch haben sich bei verschiedenen Staaten unterschiedliche Strategien der Einflussnahme (z.B. aggressiver militärischer Interventionismus vs. wirtschaftlicher Druck) herausgebildet.

Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg, der erste Griff nach der Weltherrschaft des deutschen Imperialismus, endete in der Katastrophe und kostete Millionen Menschen das Leben. Erst ein Aufstand der Soldaten und Arbeiter bereitete nach vier Jahren im November 1918 dem Spuk ein Ende. Diese wollten jedoch nicht nur ein Ende des Krieges und die Beseitigung der Monarchie, sondern kämpften in der Novemberrevolution auch für eine Überwindung des Kapitalismus, inspiriert durch das Beispiel der Oktoberrevolution in Russland 1917. Das Fehlen einer konsequent revolutionären Partei verhinderte einen Erfolg und ermöglichte der SPD, den Revolutionsabsichten die Spitze zu nehmen. Trotz dieser Niederlage der revolutionären Kräfte konnten dennoch einige soziale und politische Rechte erkämpft werden, die das uneingeschränkte Wirken der Monopole beschnitt. Zu den wichtigsten Errungenschaften der Novemberrevolution gehörten die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die Anerkennung der Gewerkschaften und der gesetzlich verankerte 8-Stunden-Arbeitstag. Überhaupt ging das deutsche Monopolkapital erheblich geschwächt aus dem Krieg hervor. Die Nachkriegsordnung war im Vertragswerk von Versailles geregelt. Dieses bestimmte,

dass Deutschland seine Kolonien und Teile seines Staatsgebietes (Elsaß-Lothringen, das Saargebiet, Eupen-Malmedy, Nordschleswig, Posen und Westpreußen, Oberschlesien) abzugeben hatte. Weder mit den Errungenschaften der Arbeiterklasse noch mit den Ergebnissen des Versailler Vertrages wollte sich das Monopolkapital abfinden.

Die Zeit der Weimarer Republik ist daher geprägt vom Kampf des Monopolkapitals um die Wiedererlangung seiner ökonomischen und militärischen Stärke. Nicht zuletzt wegen der gewachsenen Kampfkraft der Arbeiterbewegung, der schärfsten Widersacherin dieser Kriegsabsichten, setzte ein sehr bedeutender Teil auf die Dienste einer Massenpartei, allen voran die Schwerindustriellen im Ruhrgebiet. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Potential von verschiedenen Vertretern des deutschen Monopolkapitals bereits früh erkannt wurde, wurde von Groß-



Aufstand der Matrosen und Arbeiter am 3.11.1918 in Kiel / Quelle: Wikimedia.org

1 unternehmen finanziell aufgepöppelt und
 2 gefüttert. Sie sprach mit ihrer sozialen De-
 3 magogie¹ vor allem das vorurteilsbehaftete,
 4

5
 6 ¹ Demagogie bedeutet wörtlich etwa
 7 ‚Volksverführung‘. Als soziale Demagogie der Fa-
 8 schisten bezeichnen wir ihre Ideologie, die vor-
 9 handene soziale Probleme aufgreift und in den
 10 Mittelpunkt stellt, dabei aber deren Ursachen nicht
 11 benennt und stattdessen die Schuld für sie bei Sün-
 12 denböcken (z.B. den Juden oder den Fremden) ver-
 13 ortet. Ein aktuelles Beispiel für soziale Demagogie
 14 ist die Position der AfD und anderer rechter Partei-
 15 en zur Flüchtlingsfrage, bei der die Abstiegsangst
 16 und die Empörung über Sozialabbau von Teilen der
 17 Bevölkerung aufgegriffen und durch die vermeintlich
 18 unkontrollierte Einwanderung ins deutsche
 19 Sozialsystem erklärt werden.

22 **Nachkriegszeit**

26 Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wies vieles
 27 auf ein einheitliches, friedliches und demo-
 28 kratisches Deutschland hin, in dem die mono-
 29 polkapitalistischen Grundlagen des Faschis-
 30 mus beseitigt gewesen wären. Die Erkenntnis,
 31 dass der deutsche Faschismus von den Mono-
 32 polen gewollt und getragen war, strahlte so
 33 weit aus, dass selbst die CDU in ihrer Anfangs-
 34 zeit weitreichende Verstaatlichungen von
 35 Schlüsselindustrien forderte. Um die entzwei-
 36 tete Arbeiterbewegung wieder zu einigen, gab
 37 es in allen Teilen Deutschlands (nicht nur in
 38 der späteren DDR) anfangs Bestrebungen zur
 39 Vereinigung von KPD und SPD. Diesen setzte
 40 die SPD-Spitze in den von den Westmächten
 41 besetzten Teilen ein rasches Ende.

42 Mit Beginn des Kalten Krieges 1947 änderten
 43 die westlichen Besatzungsmächte allerdings
 44 ihre Politik und nahmen Kurs auf den Auf-
 45 bau eines eigenständigen, westdeutschen
 46 Staates als Bollwerk gegen den Sozialismus.
 47 Damit wurden bewusst die Beschlüsse des
 48 Potsdamer Abkommens¹ übergangen, die von
 49 weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen
 50 wurden und die unter anderem vorsahen,
 51 die Hauptverantwortlichen der Verbrechen
 52 zu enteignen. Im Westen wurden die alten Ei-

53
 54 ¹ Im Potsdamer Abkommen von 1945 einig-
 55 ten sich die Siegermächte über den Umgang mit
 56 dem besiegten Deutschland. Entschlossen wurde
 57 unter anderem über die dauerhafte Entmilitari-
 58 sierung Deutschlands, die Reparationszahlungen
 59 an die vom Krieg betroffenen Länder und die Ent-
 nazifizierung des deutschen Staates und der Wirt-
 schaft.

absteigende Kleinbürgertum an und terrori-
 sierte mit ihren paramilitärischen Verbänden
 SA und SS die Organisationen der Arbeiterbe-
 wegung. Als vor dem Hintergrund von Wirt-
 schaftskrise und Massenarbeitslosigkeit die
 NSDAP 1932 ihren Zenit in der Wählergunst
 überschritten hatte, der Stimmenzuwachs
 der KPD hingegen ein für die Monopolherr-
 schaft bedrohliches Signal lieferte, entschlos-
 sen sich führende Kreise aus Hochfinanz
 und Industrie, das Tempo zu verschärfen. Am
 30. Januar 1933 wurde Hitler in das Amt des
 Reichskanzlers eingesetzt. Damit begann ein
 Kapitel in der Menschheitsgeschichte, das
 an Brutalität, Menschenverachtung und Ver-
 nichtungswahn seinesgleichen sucht.

gentums- und Besitzverhältnisse restauriert,
 viele Kriegsverbrecher und NSDAP-Mitglieder
 konnten ungehindert ihre Tätigkeit fortset-
 zen, nunmehr bei CDU und FDP. Rasch gelang-
 ten sie wieder in hochrangige Positionen im
 Staatsapparat, etwa in der Justiz. Auch im
 Aufbau der gegen die Sowjetunion gerichteten
 Auslandsgeheimdienste waren sie gerne
 gesehen – damit hatten sie schließlich Erfah-
 rung.

In der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ)/DDR
 fand hingegen eine antifaschistisch-demo-
 kratische Umwälzung statt. Mit einer Boden-
 reform und der Enteignung der Kriegsverbre-
 cher wurden die ökonomischen Grundlagen
 des Faschismus beseitigt. Getrieben von der
 verschärften Konfrontation mit dem Imperia-
 lismus begann man wenige Jahre nach Grün-
 dung der DDR mit dem Aufbau des Sozialis-
 mus. Damit wurde über knapp vier Jahrzehnte
 dem Kapitalismus in einem Teil Deutschlands
 die Geschäftsgrundlage entzogen. Die bloße
 Existenz der DDR war imstande, dem seinem
 Wesen nach reaktionären² deutschen Imperia-
 lismus über 40 Jahre in Zaum zu halten.

Für den deutschen Imperialismus galt es zu-
 nächst, wieder auf Augenhöhe mit den an-
 deren imperialistischen Mächten zu gelan-
 gen. Ein wesentlicher Schritt war dafür der

53
 54 ² Reaktion / reaktionäre Politik: Gegen ge-
 55 sellschaftlichen Fortschritt gerichtete Politik, die
 56 darauf abzielt, fortschrittliche Bewegungen zu un-
 57 terdrücken und bereits erreichte Errungenschaften
 58 rückgängig zu machen.

1 Wiederaufbau einer eigenen Armee. West-
 2 deutsche Politiker nutzten dafür die welt-
 3 politische Lage geschickt aus. Die anderen
 4 Westmächte nahmen die Wiederbewaffnung
 5 um des gemeinsamen Gegners willen in Kauf.
 6 Außerdem versprach man sich von der Ein-
 7 bindung der BRD in die Struktur der NATO ein
 8 gewisses Maß an Kontrolle. Das gleiche Motiv
 9 spielte auch bei der Herausbildung der Vor-
 10 läuferorganisationen der heutigen EU eine
 11 Rolle. Auf diese arbeitete das deutsche Mono-
 12 polkapital mit besonderer Intensität hin. Ein
 13 europäischer Staatenbund versprach, vieles
 14 zu erfüllen, von dem die deutsche Großbour-
 15 goisie schon in der Kaiserzeit geträumt hatte:
 16 die ökonomische und politische Vorherrschaft
 17 in Europa. Klaus Kinkel, Außenminister von
 18 1992 bis 1998, formulierte dieses Verlangen
 19 des deutschen Kapitals wie folgt: „Zwei Auf-
 20 gaben gilt es parallel zu meistern: im Inneren
 21 müssen wir wieder zu einem Volk werden,
 22
 23

nach außen gilt es etwas zu vollbringen, wo-
 ran wir zweimal zuvor gescheitert sind. Im
 Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle
 zu finden, die unseren Wünschen und unse-
 rem Potential entspricht.“ In der Tat erlangte
 Deutschland im Rahmen der europäischen
 Integration eine Vormachtstellung, gegen
 deren kriegerische Durchsetzung sich die an-
 deren europäischen Staaten in den beiden
 Weltkriegen noch erfolgreich zur Wehr ge-
 setzt hatten.

In den 70er und 80er Jahren konnte die
 BRD ihre allmähliche wirtschaftliche Vor-
 machtstellung in Westeuropa allerdings noch
 nicht vollumfänglich politisch, geschweige
 denn militärisch zur Geltung bringen. Das lag
 vor allem daran, dass sich die europäischen
 imperialistischen Staaten in der Systemaus-
 einandersetzung unter die Vorherrschaft der
 USA stellten.

Ende des Sozialismus in Europa

27 Die Konterrevolution änderte dieses Bild
 28 schlagartig, auch und vor allem zugunsten
 29 des deutschen Imperialismus. Fast viereinhalb
 30 Jahrzehnte hatte er bereits auf die Stärkung
 31 seiner Position hingearbeitet. Jetzt konnte er
 32 die letzten, von seiner Niederlage im Krieg
 33 herrührenden Einschränkungen überwinden
 34 und mit der Übernahme der DDR und der
 35 Öffnung der osteuropäischen Märkte seinen
 36 ökonomischen und politischen Einfluss zu
 37 erweitern. Wichtigstes Vehikel dafür war der
 38 freie Waren- und Kapitalverkehr innerhalb
 39 der Europäischen Union, der dem deutschen
 40 Finanzkapital enorme Möglichkeiten für ih-
 41 ren Waren- und Kapitalexport bot. Seither
 42 ist der deutsche Imperialismus bestrebt, eine
 43 Stellung in der Welt zu erlangen, die seiner
 44 ökonomischen Stärke entspricht. Obwohl er
 45 damit letztlich in Konkurrenz zu den anderen
 46 führenden imperialistischen Staaten steht,
 47 kann es natürlich trotzdem zu Zusammenar-
 48 beit mit diesen kommen – abhängig von der
 49 Interessenlage der Beteiligten.

50
 51 Seither hat jedoch die deutsche außenpoliti-
 52 sche und militärische Strategie abermals eine
 53 neue Qualität gewonnen. Beim Libyen-Krieg
 54 2011 hatte Frankreich auf einen Krieg zum
 55 Sturz des dortigen Staatsoberhauptes Muam-
 56 mar al Gaddafi gedrängt, Deutschland iso-
 57 lierte sich daraufhin im UN-Sicherheitsrat
 58 von seinen Bündnispartnern, als es sich bei
 59 der entscheidenden Abstimmung über die

Einrichtung einer Flugverbotszone (UN-Reso-
 lution 1973) enthielt. Nach diesem „Dilemma“
 führten Militär, Wirtschaft und Politik eine in-
 tensive Debatte. Ergebnis war das im Oktober
 2013 publizierte Strategiepapier „Neue Macht.
 Neue Verantwortung“. Darin wird die Rolle
 Deutschlands als Führungsmacht innerhalb
 der EU und als Ordnungsmacht in der Welt im
 Bündnis mit den USA definiert. Deutschland
 habe „im Verhältnis zu seiner Wirtschafts-
 kraft, seinem geopolitischen Gewicht und
 seinem internationalen Ansehen“ militärisch
 bislang eher zögerlich agiert. Das solle sich
 in Zukunft ändern: „Deutschland wird künf-
 tig öfter und entschiedener führen müssen“.
 Die BRD versteht sich inzwischen mehr oder
 weniger offen als Hegemonialmacht Europas
 und will – in Kooperation und in Konkurrenz
 zu den anderen führenden imperialistischen
 Staaten – sein militärisches Gewicht aus-
 bauen. Die militärische Eskalation droht
 bereits mit der Einkreisungspolitik der
 NATO gegenüber Russland. Die Aggres-
 sion geht dabei eindeutig von der NATO
 und der EU sowie den darin führenden
 imperialistischen Ländern (USA, Deutsch-
 land, Frankreich und Großbritannien)
 aus. Russland als Konkurrent mit wach-
 sendem politischen und ökonomischen
 Einfluss soll klein gehalten werden. Dies
 hat sich bereits an mehreren Punkten ge-
 zeigt: Seit 1997 wird systematisch an der
 Erweiterung der NATO um die ehemals



Quelle: <http://historylover1230.tumblr.com/post/149756489404/brothers-in-class-brothers-in-arms-east>

1 sozialistischen Staaten im Osten gearbeitet.
 2 Auf dem Gipfel des Nordatlantik-Bündnisses
 3 im Juli 2016 beschlossen die Mitgliedsstaaten
 4 die Stationierung von Truppen in Polen und
 5 dem Baltikum. Auch der Ukraine Konflikt 2014
 6 war im Wesentlichen Ausdruck des Versuchs
 7 von NATO und EU, sich ihren Einfluss in der
 8 Region zu sichern – der ihnen unliebsame
 9 Präsident Janukowitsch wurde weggeputscht
 10 und durch gehorsamere Politiker ersetzt, ma-
 11 rodierende und mordende Faschisten dabei
 12 in Kauf genommen. Die herrschende Klas-
 13 se in Deutschland agiert dabei jedoch nicht
 14 einheitlich, verschiedene Teile verfolgen un-
 15 terschiedliche Ziele. Interessen, die der Ein-
 16 kreisungspolitik entgegenstehen, gibt es zum
 17 Beispiel bei Kapitalfraktionen, die Interesse
 18 am Handel mit Russland haben. Dass sie die
 19 Nähe zu Russland nicht aus purem Pazifis-
 20 mus suchen, zeigt sich bereits, wenn man sich
 21 ihre Vertreter ansieht: Beispielsweise Gerhard

Schröder, Bundeskanzler während des Koso-
 vo-Kriegs, ist wahrhaft kein Friedensengel.
 Zwar stellte die Merkelregierung die Unter-
 schiede zwischen den verschiedenen Teilen
 der herrschenden Klasse bislang zugunsten
 einer Integration in die NATO-Politik zurück,
 vorhanden sind sie dennoch.

Werkzeugkontrolle

1. Inwiefern hinkte Deutschland bei der wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert hinterher?
2. Welche 5 Kriterien benennt Lenin als Merkmale der Herausbildung des Imperialismus? Was meint Lenin in diesem Zusammenhang mit dem Begriff des Finanzkapitals?
3. Welche Schritte unternahm der deutsche Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg, um wieder an Stärke zu gewinnen?

Arbeitsfragen:

1. „Mithilfe der EU hat Deutschland das erreicht, woran es in zwei Weltkriegen gescheitert ist.“ Diskutiert diese Aussage.
2. Auch in der heutigen Friedensbewegung wird Krieg oft als Folge einer besonders boshaften oder verfehlten Politik gesehen. Was ist dazu aus unserer Sicht zu sagen?
3. Diskutiert die Konsequenzen, die das Ende des sozialistischen Lagers, auf die Möglichkeiten des deutschen Imperialismus hatte.

Geschichte der Europäischen Union

Die EU ist eine seit 1992 bestehende Union aus derzeit 28 Mitgliedsstaaten. Davon gehören 19 der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an. In diesem Rahmen wurde 2002 der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Mit einem BIP von über 17 Billionen Dollar (2013) ist die EU heute die größte Wirtschaftszone der Welt.

Ihrer Gründung voraus ging ein langer Integrationsprozess. In den Gang gebracht wurde die Diskussion um eine Vertiefung der europäischen Integration durch die weltpolitische Situation der 1950er Jahre. Die NATO brachte sich in Stellung gegen die Sowjetunion und versuchte, diese durch die Aufstellung von Truppen im Frontstaat Deutschland unter Druck zu setzen. Für die deutsche Politik standen in dieser Zeit primär die Durchsetzung der Wiederbewaffnung und der Beitritt zur NATO auf der Tagesordnung. Frankreich befürchtete vor diesem Hintergrund den endgültigen Machtverlust an die USA und brachte seinerseits die Idee einer europäischen Armee ins Spiel. Diese wünschten sich zwar auch die USA. Sie stellten sich aber eine Armee unter Führung der NATO vor, während der

französische Vorschlag einen eigenen europäischen politischen Überbau beinhalten sollte. Den BRD-Eliten war es letztlich egal, auf welchem Weg die Wiederbewaffnung erreicht werden konnte. So wurde neben dem NATO-Beitritt auch die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vorbereitet. 1952 scheiterten die EVG-Verträge jedoch ausgerechnet an der Ablehnung Frankreichs, da die Regierung einen zu großen Verlust nationaler Souveränität im Bereich der Rüstungspolitik nicht hinnehmen wollte. Es kam aber schon wenige Monate nach dem Scheitern der EVG zu erneuten Verhandlungen, die den Beginn der Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) markierten. Wieder waren Frankreich und die BRD die entscheidenden Akteure und wieder spielten sich zwischen diesen Mächten die zentralen Konflikte ab. Neben den Versuchen einer militärischen Integration gab es einen wirtschaftlichen Integrationsprozess, der deutlich rascher voranschritt. Für die BRD ging es dabei v.a. darum, nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegte Einschränkungen zu überwinden und Zugang zu anderen europäischen Märkten zu erhalten. Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im Jahr 1951 zwischen der BRD, Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg, die diesen Staaten den zollfreien Abbau und Handel von Kohle und Stahl garantierte. Die Montanunion

war die wahrscheinlich wichtigste Vorläuferorganisation der Europäischen Gemeinschaften (EG), aus denen schließlich die EU hervorging.

Dieser kurze Abriss zeigt, dass am Gründungsmythos der EU, nach dem die europäische Integration Frieden und Stabilität garantieren sollte, nicht viel dran ist. Ihre Geschichte ist gekennzeichnet durch Interessenkonflikte der Mitgliedsstaaten, allen voran zwischen (West-)Deutschland und Frankreich, die nur dadurch vorübergehend zurückgestellt werden konnten, dass beide Staaten innerhalb der europäischen Gemeinschaft ihre Interessen besser verwirklicht sahen. So sah Frankreich darin eine Möglichkeit zur Einbindung und Kontrolle des Hauptkonkurrenten und außerdem eine Möglichkeit, seinen Weltmachtanspruch zu behaupten. In der BRD ging es vorrangig um die Durchsetzung der Wiederbewaffnung und die Wiedererlangung der Gestaltungsmacht auf weltpolitischer Bühne. War das Kräfteverhältnis zwischen der BRD und Frankreich zunächst noch recht ausgeglichen, konnte Deutschland spätestens nach dem Anschluss der ehemaligen DDR die Oberhand erlangen. Frankreich hatte als Atommacht zwar ein großes militärisches Gewicht, konnte ökonomisch aber nicht mehr mit dem einwohnerstärkeren und produktiveren Deutschland mithalten. In der heutigen EU ist Deutschland die unangefochtene Führungsmacht.

Deutscher Militarismus und Kriegspolitik

Text 2

Die Kriegseinsätze gegen Jugoslawien (Kosovo-Krieg), in Afghanistan und in Syrien bzw. im Irak markieren drei Phasen der deutschen Expansion nach den globalen Umbrüchen der Jahre 1989/90. Der Krieg gegen Jugoslawien brachte 1999 zum einen den ersten größten Kampfeinsatz der Bundeswehr, die damit eine historisch bedingte, inzwischen sehr lästig gewordene Fessel sprengte. Zum anderen ging es darum, die Neuordnung des europäischen Kontinents gemäß deutschen Interessen voranzutreiben. Mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei hatten sich bereits zwei Staaten aufgelöst, die in der geschichtlichen Erfahrung deutscher Außenpolitiker als potenzielle Hindernisse gegen die Mehrung deutschen Einflusses in Osteuropa galten. Jugoslawien war, historisch betrachtet, ein dritter solcher Widerstandsherd. Nach der von der BRD – gegen Proteste aus Frankreich und Großbritannien – geförderten Abtrennung Sloweniens und Kroatiens war noch Serbien als nicht beliebig fügsame Machtzentrale in Südosteuropa übriggeblieben. Die Abspaltung des Kosovo per Krieg schwächte Serbien noch mehr. Allerdings hat Berlin bis heute mit den Folgen zu kämpfen: Im Juli 2016 waren – 17 Jahre nach dem eigentlichen Krieg – immer noch rund 650 Bundeswehrsoldaten im Kosovo stationiert; ein Komplettabzug wie derjenige aus Bosnien-Herzegowina gilt bislang als kaum möglich.

Die Beteiligung an der Besetzung Afghanistans und dann zunehmend auch an Kampfhandlungen dort ist der erste große, langfristige Schritt über den europäischen Kontinent hinaus gewesen. An der Seite der Vereinigten Staaten beteiligte Deutschland sich an einer Intervention, die nach Zentralasien zielte. Wäre sie gelungen, hätte sie Berlin einen Verbündeten an geostrategisch wichtiger Stelle gesichert: Im Süden Russlands, grenzend an rohstoffreiche Länder des Kaspischen Beckens sowie Iran und vor allem

unmittelbar im Westen Chinas. Auch in Afghanistan steckt Deutschland jedoch immer noch fest, weit davon entfernt, einen stabilen Verbündeten erhalten zu haben. Mehr als 1.000 Bundeswehrsoldaten waren im Juli 2016 am Hindukusch stationiert. Trotzdem wird der Afghanistan-Krieg in verschiedenen Publikationen von Bundeswehr-Lobbyverbänden oder politiknahen Thinktanks¹ wie der SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik) als Erfolg ausgewertet. Mit dem bislang größten Einsatz der Bundeswehr konnte der Umbau zur „Armee im Einsatz“ vorangebracht und die Einsatzfähigkeit dieser erneuerten Bundeswehr in einem echten Krieg erprobt und entscheidend weiterentwickelt werden.

Der Krieg gegen den „Islamischen Staat“ (IS/Daesh) trägt einer neuen globalen Konstellation und einer neuen innereuropäischen Lage Rechnung. Einerseits hat US-Außenministerin Hillary Clinton im November 2011 offiziell das „Pazifische Jahrhundert“ der Vereinigten Staaten ausgerufen: Washington konzentriert sich seitdem zunehmend auf den Machtkampf gegen die Volksrepublik China und hat eine entsprechende Umgruppierung seiner Kräfte eingeleitet. Damit die Positionen der NATO in Nah- und Mittelost und in Nordafrika nicht geschwächt werden, sollen aus US-Sicht die Mächte der EU dort stärker kontrollierend eingreifen. Immer häufiger ist nun nicht nur in Washington, sondern auch in Berlin von einem „Krisenbogen“ rings um Europa die Rede, in dem die EU intervenieren müsse. Aus deutscher Perspektive bietet dies die Chance, den eigenen weltpolitischen Einfluss weiter zu stärken. Im neuen Bundeswehr-Weißbuch,

¹ Thinktank: „Als Thinktanks werden Institute bezeichnet, die durch Erforschung, Entwicklung und Bewerbung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konzepten und Strategien Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen und sie so im Sinne von Politikberatung fördern. Einige vertreten dabei eine bestimmte politische oder ideologische Linie, die aggressiv beworben wird, um politische Debatten zu beeinflussen.“ (Wikipedia)

1 in dem deren grundlegenden Analysen und
 2 Ziele zusammengefasst sind, ist entspre-
 3 chend davon die Rede, „die globale Ordnung
 4 aktiv mitzugestalten“. Dabei richtet sich der
 5 Krieg gegen Daesh gegen Jihadisten, deren
 6 Erstarken zumindest in Syrien und in Libyen
 7 auch von Berlin zunächst billigend toleriert
 8 wurde: Sie schienen in der Lage, missliebige
 9 Herrscher wie Muammar al Gaddafi in Libyen
 10 und Bashar al Assad in Syrien zu stürzen. Dass
 11 sie dies nur zum Teil schafften, dann aber
 12 völlig aus dem Ruder liefen und ein jihadi-
 13 stisches, antiwestliches Staatsgebilde schufen,
 14 das war freilich nicht eingeplant.

15
 16 Im Krieg gegen Daesh spielt zudem eine Rol-
 17 le, dass Frankreich seit geraumer Zeit auf
 18 eine aggressivere Außenpolitik dringt. In der
 19 EU hat das Land ganz erheblich an Einfluss
 20 verloren, seit Berlin im Rahmen des Kampfs
 21 gegen die Eurokrise seine Austeritätsdiktate
 22 durchsetzen und anderen Ländern die ge-
 23 wünschten Kürzungen aufzwingen konnte.
 24 Paris wurde damit in erhebliche ökonomische
 25 Schwierigkeiten gestürzt. Die französischen
 26 Eliten suchen dies durch neue weltpolitische
 27 Aktivitäten wettzumachen, da sie Frankreich
 28 militärisch noch überlegen wännen. Die Bun-
 29 desrepublik hat in der Tat seit den frühen
 30 2000er Jahren bei militärischen Interventio-
 31 nen der EU immer wieder gebremst, wenn sie
 32 in französischem Interesse lagen. Dies will Pa-
 33 ris nun durchbrechen, etwa mit dem Einsatz
 34 gegen Daesh in Syrien. Bisher aber haben die-
 35 se Bemühungen noch nicht zu einer Stärkung
 36 der französischen Gesamtposition geführt.

37
 38 Die stetige Ausweitung der deutschen Expansionspolitik hat Folgen für die Bundeswehr mit sich gebracht. Grundmotiv der Transformation der Truppe, die in den 1990er Jahren eingeleitet wurde, ist zunächst die Vorbereitung auf weltweite Kampfeinsätze gewesen. Dies spiegelte sich zum einen in der Rüstung der Bundeswehr wider. Der Bestand an Kampfpanzern wurde drastisch reduziert, da diese - einst wichtig für die im Kalten Krieg prioritäre Landesverteidigung - kaum für schnelle Interventionen in fernen Ländern genutzt werden können. Stattdessen wurde Kriegsgerät beschafft, das in der Lage ist, die eigenen Truppen rasch auf andere Kontinente zu verlegen und sie bei dortigen Einsätzen zu unterstützen. Ein Beispiel sind die Einsatzgruppenversorger der Marine – gigantische Versorgungsschiffe, die Expeditionstruppen in fernen Weltgegenden für relativ lange Zeiträume unterstützen können. Auch die Aussetzung der Wehrpflicht und damit der

Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee sind Teil dieser Umwandlung. Eine moderne Interventionsarmee ist weniger als bisherige Armeen auf eine hohe Zahl aus der Bevölkerung rekrutierter Truppen angewiesen. Die moderne Waffentechnik erfordert gut ausgebildete Spezialisten, die sich für einen langen Zeitraum bei der Armee verpflichten. Zur Rekrutierung setzt die Bundeswehr auf großangelegte Werbekampagnen wie „Mach was wirklich zählt“ und den Einsatz von Jugendoffizieren an den Schulen. Gleichzeitig dienen diese Kampagnen und die zunehmende Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum der Verankerung des Militärs in der Gesellschaft. Da durch die ausgesetzte Wehrpflicht die Bundeswehr nicht mehr als „Schule der Nation“ dient, müssen eben andere Wege gefunden werden, die Bevölkerung an „ihre Armee zu binden und sie auf deren Kriegseinsätze einzustimmen.

Eine wichtige Erkenntnis nimmt die Bundeswehr aus Erfahrungen von der Besetzung Afghanistans mit: Die Erkenntnis, dass es zur Kontrolle eines fremden Landes nicht ausreicht, einen Feind militärisch in die Flucht





Quelle: flickr.com/photos/astim/

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14 schlagen zu können. Will man das einmal
15 eroberte Terrain nicht wieder verlieren, dann
16 muss man es auf Dauer sichern und aufbauen
17 können. Zur Gebietssicherung sind polizei-
18 liche und geheimdienstliche Maßnahmen
19 nötig, zum Aufbau entwicklungs-
20 politische Ansätze. Hilfreich ist es jeweils, spezialisierte
21 Kräfte, also etwa Polizisten und/oder
22 Entwicklungshelfer, in die Einsätze integrieren
23 zu können. Üblicherweise ist von „zivil-
24 militärischen Operationen“ die Rede. Damit
25 sind militärische Maßnahmen gemeint, in
26 die nichtmilitärisches Personal eingebunden
27 wird. Häufig fällt auch das Schlagwort vom
28 „vernetzten“ Ansatz bzw. einem „sicherheits-
29 politischen“ Ansatz, der militärische
30 Strategien mit polizeilichen, entwicklungs-
31 politischen, diplomatischen und ökonomischen
32 Schritten verbindet.

33
34 Aktuell erhält die Aufrüstung einen neuen
35 Schub, der mit der Absicht verbunden ist, den
36 so häufig zitierten „Krisengürtel“ rings um
37 Europa stärker zu kontrollieren. Im Januar
38 2016 kündigte Verteidigungsministerin Ursula
39 von der Leyen an, bis zum Jahr 2030 rund
40 130 Milliarden Euro für die Neubewaffnung
41 der Bundeswehr ausgeben zu wollen. Das
42 Geld will sie unter anderem für Kampf- und
43 Transporthubschrauber ausgeben, die in den
44 Einsatzgebieten benötigt werden, aber auch
45 für Transport- und Schützenpanzer, ohne
46 die kein Interventionskrieg geführt werden
47 kann. Allerdings sollen auch wieder schwere
48 Kampfpanzer zur Landesverteidigung be-
49 schaffte werden; Anlass dafür war die Eskalation
50 des Konflikts mit Russland. Nicht zuletzt
51 soll die Bundeswehr, deren Personalstärke im
52 Sinne der Professionalisierung drastisch zu-
53 sammengestrichen wurde („Klasse statt Masse“),
54 für die künftig wohl zunehmenden Krie-
55 ge wieder größer werden. Und es kommen
56 völlig neue Bereiche hinzu, insbesondere der
57 Cyberkrieg. Die Bundeswehr hat für ihn eine
58 eigene Truppengattung etabliert.

Eines ist klar: Kriege produzieren Flüchtlinge.
Dem trägt die Bundesregierung in doppelter
Weise Rechnung. Zum einen treibt sie die
Flüchtlingsabwehr massiv voran. Zuletzt
machte vor allem der Flüchtlingsabwehrpakt
mit der Türkei Schlagzeilen: NATO-Kriegs-
schiffe patrouillieren in der Ägäis zwischen
der türkischen Küste und den griechischen
Inseln, um Flüchtlinge abzuschrecken. Zugleich
wird die Türkei veranlasst, bereits das Able-
gen von Flüchtlingen zu verhindern. Ähnlich
verhält es sich im Mittelmeer, wo europäische
Kriegsschiffe immer näher an die libysche
Küste heranrücken, um auch dort Flüchtlinge
aufzugreifen. Pläne werden entwickelt, uner-
wünschte Migranten nach Libyen oder gleich
in ihre Herkunftsländern zurückzuschieben.
Gleich reihenweise werden Länder etwa in
Nordafrika, in denen Menschen wegen ihrer
politischen, sexuellen oder religiösen Orien-
tierung verfolgt werden, zu angeblich sicheren
Herkunftsstaaten erklärt. Lager werden
errichtet, um Flüchtlinge festzusetzen – in der
Türkei, in Nordafrika, aber auch in Staaten,
die unmittelbar an Kriegsgebiete grenzen,
aus denen Menschen fliehen.

Im Jahr 2015 hat eine scheinbar gegenläufige
Entwicklung großes Aufsehen hervorgerufen:
Die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge
in der Bundesrepublik. Die Interessenlage
war komplex. Einerseits schrumpft die deut-
sche Bevölkerung – im Gegensatz zu derje-
nigen Frankreichs oder Großbritanniens –,
was in vielerlei Hinsicht zu Problemen führt:
Rein technisch beispielsweise bei den Renten,
dann aber auch, weil eine sinkende Bevölke-
rungszahl abnehmendes Humankapital be-
deutet. Konkret drückt sich dies etwa in dem
Mangel an Fachkräften aus, den die deutsche
Wirtschaft seit geraumer Zeit beklagt. Bereits
Anfang 2015 forderte der Präsident des Bun-
desverbandes der Deutschen Industrie (BDI),
Ulrich Grillo, man solle Flüchtlinge „schnell
ans Arbeitsleben heranzuführen“ ..,Wir müssen
sie ausbilden. Wir müssen sie sprachlich wei-

1 terbilden“ Nur so ließen sich die benötigten
 2 Fachkräfte gewinnen: „Wenn wir es schaffen,
 3 sie möglichst zügig in den Arbeitsmarkt zu in-
 4 tegrieren, dann helfen wir den Flüchtlingen,
 5 und wir helfen uns.“ Völlig einig ist sich die
 6 Wirtschaft aber nicht. Während Daimler-Chef
 7 Dieter Zetsche 2015 erklärte, die Flüchtlinge
 8 könnten – „ähnlich wie vor Jahrzehnten die
 9 Gastarbeiter - helfen, unseren Wohlstand zu
 10 erhalten beziehungsweise zu vermehren“ ,
 11 mutmaßte das „Handelsblatt“ zur selben Zeit,
 12 mehr als die Hälfte der Flüchtlinge werde,
 13 weil sie „keine Berufsausbildung“ besitzen,
 14 nur „das heimische Prekariat“ verstärken . So
 15 oder so hat das Kapital mit den Flüchtlingen
 16 eine größere Auswahl an Arbeitskräften, der
 17 Druck auf den Arbeitsmarkt und damit auf
 18 die Löhne, besonders im ohnehin schon pre-
 19 kären Niedriglohnsektor, steigt.
 20 Wo die Menschen herkommen, die für deut-
 21 sche Unternehmen arbeiten sollen, das ist
 22 dem Kapital übrigens ganz egal. So wies
 schon im Jahr 2011 die Heinrich-Böll-Stiftung

(Bündnis 90/Die Grünen) da-
 drauf hin, dass immer mehr
 Menschen aus den südeuro-
 päischen Krisenstaaten, ins-
 besondere aus Griechenland,
 nach Deutschland kämen. Das
 sei zwar etwa für Griechen-
 land „ein großer Verlust“ , für
 Deutschland aber „ein großer
 Gewinn“ : Die Bundesrepub-
 lik „profitiert vom neugewon-
 nenen dynamischen Human-
 kapital, das schnell und ohne
 große Investitionskosten in
 die nationale Industrie und
 Wirtschaft einbezogen wird“.
 Ob nun Griechen, Syrer oder
 Nigerianer nach Deutschland
 kommen: Hauptsache, ihre
 Flucht rechnet sich.

Werkzeugkontrolle

1. Welches sind die wesentlichen Phasen in der deutschen Expansion nach 1989? Wodurch sind sie charakterisiert?
2. Wohin fließen die von Ursula von der Leyen versprochenen 130 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr hauptsächlich?

Arbeitsfragen:

1. Beweist der US-Militärflugplatz in Ramstein nicht, dass die EU und insbesondere Deutschland nach der Pfeife der USA tanzen?
2. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist Teil des Umbaus der Bundeswehr zur Armee im Einsatz. Von Teilen der Friedensbewegung wird sie als Erfolg im Kampf gegen den deutschen Militarismus gefeiert. Wie sollten wir uns zu dieser Frage verhalten?
3. Merkels „Wir schaffen das!“ sorgte für Aufsehen. Welche Interessen standen hinter der vorübergehenden Öffnung der Grenzen? Und wie verhalten sich Vertreter des deutschen Großkapitals zur Frage der Aufnahme von Geflüchteten?

Die NATO

Die North Atlantic Treaty Organization, kurz NATO, wurde 1949 in Washington D.C. gegründet und umfasste anfangs 12 Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Großbritannien und die USA). In den 1950er Jahren kamen die Türkei, Griechenland und die BRD als Mitglieder hinzu, in den 1980ern außerdem noch Spanien. Ihrem Selbstverständnis nach war und ist die NATO sowohl ein militärisches als auch ein politisches Bündnis, das für die Freiheit seiner Bündnispartner und demokratische Werte eintritt.

Was die NATO unter „Freiheit“ und „demokratischen Werten“ versteht, zeigt sich daran, dass mit Portugal eine faschistische Diktatur Gründungsmitglied war oder in den Mitgliedsstaaten Türkei und Griechenland zeitweise das Militär das Sagen hatte und Tausende Menschen foltern sowie tö-

ten ließ. Der gemeinsame Nenner des Bündnisses bildete der Antikommunismus, verbunden mit der Zielstellung, sich nicht nur gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten in Stellung zu bringen, sondern auch jegliche fortschrittliche Entwicklungen im eigenen Lager und darüber hinaus zu unterbinden. Dafür wurden weltweit reaktionäre Kräfte durch NATO-Staaten unterstützt und ins Leben gerufen, etwa die faschistische Untergrundorganisation Gladio. Wenig verwunderlich ist im Kontext dessen die Reaktion des sozialistischen Lagers, das mit der Gründung des Warschauer Pakts 1955 ein Gegenstück zur NATO ins Leben rief.

Mit dem Untergang des sozialistischen Lagers und der daraus resultierenden Auflösung des Warschauer Pakts, besaß die NATO einen bis dahin ungekannten Spielraum. Während im Kalten Krieg keine einzige Militäroperation durch die NATO durchgeführt worden war, änderte sich dies mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien. In den folgenden Jahren führte die NATO weitere Einsätze durch, darunter Operationen im Golf von Aden zum Schutz von Handelswegen, der Afghanistan-Einsatz, die Bombardierung Libyens im Jahr 2011 oder

die Stationierung von Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze 2013. Ebenso erweiterte die NATO ihren Einfluss in Richtung Osteuropa. Insgesamt 12 weitere Staaten schlossen sich dem Bündnis von 1999 bis 2004 an. Hierbei handelt es es sich um ehemalige Sowjetrepubliken (Lettland, Estland, Litauen), ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts (Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Albanien) und ehemalige Teilrepubliken Jugoslawiens (Kroatien, Slowenien).

Derzeit sind 28 Staaten Mitglieder der NATO, rund 3,8 Millionen Truppen stehen in einem Bündnisfall zur Verfügung. Es wird aufgerüstet, sowohl was Mannstärke als auch was Kriegsgerät angeht. Die NATO bildet aber keinen homogenen Block oder eine Organisation unter der direkten Kontrolle der USA. Auch wenn die Vereinigten Staaten das Bündnis nach wie vor weitgehend dominieren, vertreten auch die anderen Mitgliedsstaaten eigenen Interessen. Die NATO stellt ein imperialistisches Bündnis mit Widersprüchen, aber eben auch deckungsgleichen oder ähnlichen Interessen dar. Dies zeigt sich auch aktuell in der Auseinandersetzung mit gemeinsamen Konkurrenten wie Russland.

Der Bewusstseinsstand der Arbeiterjugend

Text 3

Die Frage von Krieg und Frieden spielt im Bewusstsein der meisten Arbeiterjugendlichen keine besonders große Rolle. Sie fühlen sich von den Geschehnissen in Mali oder Afghanistan nicht betroffen, schließlich ist das sehr weit von ihnen entfernt. Eine Ausnahme bildet der Ukraine Konflikt. Mit der gehäuften Medienberichterstattung und der räumlichen Nähe zur Ukraine ist das Thema Krieg greifbarer geworden. Äußerungen von zwei Dritteln der Jugendlichen bei einer Befragung der Shell-Jugendstudie 2015 zeigen, dass sie Angst vor einem Krieg in Europa haben. Doch meistens haben sie andere Sorgen, die ihr Bewusstsein prägen: ihre unmittelbare, soziale Lebenssituation, ihre Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste, Angst, von den Folgen der Krise getroffen zu werden, Angst vor einem Absinken des eigenen Lebensstandards oder auch davor, möglicherweise überhaupt kein eigenes Auskommen zu finden. Die Arbeiterjugendlichen nehmen dabei den Zusammenhang zwischen Ausgaben für Krieg und Militär und Sozialkürzungen, die sie selbst betreffen, nicht wahr. Diese Verbindung müssen wir in das Bewusstsein der Jugendlichen rufen.

Wenn sie aber zum Beispiel bei einem Vortrag eines Jugendoffiziers mit dieser Frage konfrontiert werden, zeigt sich, dass Jugendliche Krieg tendenziell ablehnen. Im Jahresbericht der Jugendoffiziere von 2015 wird festgestellt, dass die Kampfeinsätze der Bundeswehr eher auf Ablehnung stoßen, während die Einsätze bei Naturkatastrophen und „humanitären Hilfsaktionen“, wie bei der „Seenotrettung“ oder Versorgung von Flüchtlingen, befürwortet werden. Der Syrien-Einsatz werde oft kritisch hinterfragt und abgelehnt, zum einen wegen Zweifeln an der völkerrechtlichen Legitimation, zum anderen aber wegen grundsätzlicher Bedenken, ob man Terrorismus mit militärischen Mitteln bekämpfen sollte. Die Kriegseinsätze gegen Piraterie werden dagegen als sinnvoll eingeschätzt. Zudem ist auch das Vertrauen in die Institution Bundeswehr unter Jugendlichen relativ hoch (im Vergleich zu anderen staatlichen/gesellschaftlichen In-

stitutionen) und in den letzten Jahren sogar noch leicht gestiegen.

Was bedeutet das nun für unsere Agitation? Zunächst einmal, dass wir in unserer Agitation die offensichtlichen Kriegs-/Kampfeinsätze der Bundeswehr in den Vordergrund rücken sollten, um an die weit verbreitete (moralische) Ablehnung dieser Kriege im Bewusstsein von Jugendlichen anzuknüpfen. Dieses Bewusstsein müssen wir dann weiterentwickeln und eine Erklärung zu diesen Kriegen geben, die deutlich macht, wer ein Interesse an Krieg hat und wer nicht.

Das heißt allerdings nicht, dass wir die übrigen Bundeswehreinheiten, z.B. bei der „Pirateriebekämpfung“ oder „Flüchtlingshilfe“, nun gar nicht mehr aufgreifen sollten. Wir müssen diese sowohl in der Propaganda behandeln als auch in der Agitation aus konkreten Anlässen, wenn unsere Zielgruppe mit diesen Einsätzen konfrontiert ist. Dabei muss uns aber klar sein, dass wir hier noch mehr Argumentationsaufwand betreiben müssen, um der Ideologie des Klassenfeinds etwas entgegenzusetzen. Schließlich können wir weniger an einer bestehenden, grundsätzlichen Ablehnung dieser Einsätze anknüpfen.

Dem Bericht zufolge haben die Jugendoffiziere unter den Jugendlichen einen deutlichen Antiamerikanismus festgestellt, der eine Ablehnung der NATO mit sich bringt. Inhaltlich vertraten die Jugendlichen die Position, dass die USA und die NATO durch die Osterweiterung Russland in die Enge getrieben haben. Sie zeigten daher Verständnis für Russland. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen aufzeigen, dass die Aggressionen gegen Russland von der NATO ausgehen und welche Rolle Deutschland in diesem Kriegsbündnis spielt. Deutschland wird schließlich nicht von den USA bestimmt, wie es häufig im Massenbewusstsein und auch in Teilen der Friedensbewegung und der politischen Linken gesehen wird, sondern verfolgt seine ganz eigenen Interessen, die in der Osterweiterung von NATO und EU liegen.

Eine andere Frage ist die nach der Bereitschaft, den eigenen Kopf zu riskieren. Diese müssen wir von der Frage der politischen Zustimmung oder Ablehnung trennen. Seit

1 der Aussetzung der Wehrpflicht hat die Bundeswehr Probleme, genug Nachwuchs zu rekrutieren. Selbst die teuren, groß angelegten
 2 Werbekampagnen haben bisher wenig daran
 3 geändert. Jeder Vierte, der sich doch für den
 4 freiwilligen Wehrdienst entscheidet, bricht
 5 diesen vorzeitig wieder ab. Den Jugendlichen
 6 scheinen die Gefahren für einen Soldaten
 7 bewusst zu sein – etwa Tod oder Verletzungen.
 8 Interesse am Arbeitgeber Bundeswehr
 9 gibt es, wenn überhaupt, dann meist in den
 10 Teilen der Arbeiterjugend, die besonders von
 11 der erwähnten Perspektivlosigkeit betroffen
 12 sind. Wer zur Bundeswehr geht, tut dies
 13 nicht unbedingt gerne und aus Überzeugung,
 14 sondern oft einfach, weil er auf dem
 15 zivilen Arbeitsmarkt keine Alternative sieht.
 16 Schließlich fehlen jährlich über 250.000 Ausbildungsplätze. Selbst nach offiziellen Zahlen
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27

24 **Friedensbewegung**

28 Schon seit einiger Zeit gibt es viele Diskussionen um die Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Spätestens nach dem Aufkommen
 29 der oft von rechten Verschwörungstheoretikern dominierten Montagsmahnwachen ist
 30 klar geworden, dass die Friedensbewegung ihre alte Schlagkraft verloren hat. Doch gerade
 31 heute, wo die Bundesregierung auf Kriegskurs ist und die großen imperialistischen
 32 Staaten um ein größeres Stück vom Kuchen ringen, ist eine geeinte, schlagkräftige Friedensbewegung
 33 notwendig. Ideologisch ist in der Friedensbewegung der BRD seit jeher
 34 der Pazifismus vorherrschend, also die Ablehnung von Krieg **ausschließlich** aus moralischen
 35 Gründen. Nur durch die Erklärung, dass Krieg unmoralisch sei, wird allerdings
 36 noch lange nicht dessen Ursache erkannt. Krieg scheint so als etwas Gegebenes. Obwohl
 37 diese Teile der Friedensbewegung teilweise auch erkennen, dass Krieg im Interesse großer
 38 Konzerne angezettelt und betrieben wird, sehen sie das meist nur als besonders moralisch
 39 verwerflich an. Die Erkenntnis, dass die gesellschaftliche Profit- und Konkurrenzlogik
 40 im Imperialismus zwangsläufig zu Kriegen führen muss, ist damit noch nicht verbunden.
 41 Noch einmal anders sieht es bei manchen Vertretern der Montagsmahnwachen aus.
 42 Diese benennen den US-amerikanischen Imperialismus als den Verursacher aller Kriege.
 43 Sie knüpfen damit an der realen, weltpoliti-

sind etwa sieben Prozent der Jugendlichen in Deutschland arbeitslos, tatsächlich sind es noch wesentlich mehr.

Unabhängig von den inhaltlichen, politischen Auffassungen stehen wir zudem vor dem Problem, dass Jugendliche sich insgesamt häufig nicht als politisch begreifen und auch nicht politisch betätigen. Hürden hierbei sind unter anderem, dass Jugendliche Politik häufig nicht mit dem Einsatz für die eigenen Interessen oder der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen verbinden, sondern vielmehr mit trockenen Debatten im Bundestag und komplizierten Nachrichten. Außerdem werden klassische Formen der politischen Arbeit in politischen (Jugend-)Organisationen aufgrund der Verbindlichkeit und fester Strukturen abgelehnt.



schen Lage an, in der die USA nach wie vor die stärkste Militärmacht und die Hauptführungsmacht der NATO sind und am aggressivsten Krieg führen (können). Dabei verdrehen sie aber die Stellung der BRD in der NATO von der einer weiteren Hauptstütze des Bündnisses zur Rolle eines abhängigen Staates. Indem sie sich außerdem ausschweigen zum eigenen, auch militärisch verfolgten, aggressiven Machtstreben Deutschlands, lenken sie vom deutschen Imperialismus ab. Sie erschweren damit, dass Widerstand gegen die deutsche Kriegspolitik entwickelt wird, obwohl die deutsche Friedensbewegung gerade diese am wirksamsten bekämpfen könnte. Mit dieser falschen Ausrichtung stärken sie – wenn auch oft ungewollt – dem deutschen Militarismus den Rücken, indem sie die Aufmerksamkeit auf das Handeln der USA lenken. Obwohl sie vorgeben, sich für den Frieden einzusetzen, läuft ihr Handeln damit in Wahrheit auf das Gegenteil hinaus.

1 Wir müssen uns hier die Frage stellen, welche
 2 Rolle wir als SDAJ eigentlich in der Friedensbe-
 3 wegung spielen können und wollen. Es konn-
 4 te nicht verhindert werden, dass Querfront-
 5 ler und andere Verschwörungstheoretiker in
 6 vielen Städten Einfluss gewannen. Trotzdem,
 7 oder gerade deswegen, wäre es in dieser Si-
 8 tuation falsch, zu enge Kriterien aufzustellen,
 9 anhand derer wir beurteilen, mit wem wir
 10 Bündnisse eingehen und mit wem nicht. Wir
 11 stellen uns Kräften entschieden entgegen, die
 12 sich zu deutscher Kriegspolitik ausschwei-
 13 gen, bewusst dem deutschen Imperialismus
 14 die Eigenständigkeit absprechen oder die an
 15 deutschen Kriegseinsätzen nur stört, dass
 16 dort auch „deutsches Blut“ für fremde Inter-
 17 essen vergossen wird. Wo es uns möglich ist,
 18 isolieren wir solche Positionen in Bündnissen
 19 und drängen sie hinaus. Gleichzeitig wäre
 20

es ein Fehler, beispielsweise Jugendliche, die gerade dabei sind, sich zu politisieren, und sich dabei eben auch bei Verschwörungstheoretikern wie KenFM und Co. informieren, als Rechte abzustempeln und sie fallenzulassen. Wir diskutieren anhand von Inhalten um reale Aktionen mit ihnen und entlarven rechte Kräfte in der Praxis dadurch, dass sie nicht alle Aktionen gegen Krieg, insbesondere gegen die deutsche Kriegspolitik, konsequent mitmachen werden/können. Daran wird sich zeigen, wer zwar Frieden propagiert, jedoch beispielsweise in Wahrheit nur gegen den US-Imperialismus ist und sich an deutscher Kriegspolitik nicht stört. Durch die Diskussion können wir mit unseren Positionen auch für uns werben und die Einsicht verbreiten, dass es Frieden nur ohne Imperialismus geben kann, auch ohne den deutschen.

Interessengeleiteter Antimilitarismus

26 „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht
 27 in Deutschland: der deutsche Imperialismus,
 28 die deutsche Kriegspartei, die deutsche Ge-
 29 heimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen
 30 Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämp-
 31 fen, zu bekämpfen im politischen Kampf,
 32 zusammenwirkend mit dem Proletariat der
 33 anderen Länder, dessen Kampf gegen seine
 34 heimischen Imperialisten geht.“ So beschrieb
 35 Karl Liebknecht in einem Flugblatt im Mai
 36 1915, also während des 1. Weltkriegs, die Auf-

gaben des deutschen und internationalen Proletariats. Damit stellte er sich gegen die Reichstagsfraktion der SPD. Diese war in der entscheidenden Stunde kurz vor Ausbruch des Weltkriegs auf die Position des Kapitals übergegangen und hatte den benötigten Kriegskrediten für die weitere Aufrüstung zugestimmt. Die SPD-Reichstagsfraktion erklärte das folgendermaßen: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der



1 sich mit dem Blut der besten des eigenen Vol-
 2 kes befleckt hat, viel, wenn nicht a l l e s auf
 3 dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren.“
 4 Damit unterstützte sie den Raubkrieg des
 5 deutschen Imperialismus. Der „Hauptfeind“
 6 war für sie der Zarismus in Russland und
 7 eben nicht mehr die deutschen Banken und
 8 Konzerne, in deren Interesse der Weltkrieg ge-
 9 führt wurde.
 10 Unsere Arbeit richtet sich also im Wesentli-
 11 chen gegen den deutschen Imperialismus.
 12 In dieser Auseinandersetzung vertreten wir
 13 einen interessengeleiteten Antimilitarismus,
 14 der aufzeigt, wie unsere Interessen denen
 15 des deutschen Imperialismus und Militarism-
 16 us widersprechen. In diesem Sinne haben
 17 wir auf dem Bundeskongress als Ziele unsere
 18 Kampagne beschlossen, antimilitaristisches
 19 Bewusstsein zu schaffen und Jugendliche
 20 für konkrete antimilitaristische Aktionen zu
 21 gewinnen. Es geht für uns darum, das eigene
 22 Erleben und die Theorie zusammenzuführen.
 23 Dabei wollen wir das Bewusstsein verbreiten,
 24 dass Krieg und Aufrüstung unserem Interes-
 25 se nach einem friedlichen und sicheren Leben
 26 entgegenstehen, ebenso wie die damit verbun-
 27 denen Milliardenkosten unserem Interes-
 28 se nach einem ausfinanzierten Bildungs- und
 29 Sozialsystem.
 30 Dazu haben wir verschiedene Kampagnenin-
 31 strumente beschlossen. Mit dem „Nicht in un-
 32 serem Namen“-Aufruf knüpfen wir einerseits
 33 an die weit verbreitete moralische Ablehnung
 34 von Krieg an. Das tun wir vor allem mit der
 35 praktischen Arbeit mit der Unterschriftenlis-
 36 te. Mit dieser bedienen wir uns der Form der
 37 politischen Betätigung, von der sich Jugendli-
 38 che am ehesten vorstellen können, sich an ihr
 39 zu beteiligen. Wir knüpfen also auch mit der
 40 Aktionsform an den Bewusstseinsstand brei-
 41 terer Massen von Jugendlichen an. Auf diese
 42 Weise schaffen wir eine einfache Möglichkeit,
 43 der (moralischen) Ablehnung von Krieg Aus-
 44 druck zu verleihen. Wir greifen diese Ableh-
 45 nung also mit unserer Aktionspraxis auf. Im
 46 eigentlichen Text verdeutlichen wir einlei-
 47 tend, in welchem großem Umfang der deutsche
 48 Staat eigentlich Krieg führt.

In dem Aufruftext zeigen wir außerdem, dass Krieg nicht in unserem Interesse ist und daher auch nicht in unserem Namen geführt werden soll. Das tun wir zum Beispiel, indem wir die Kosten für die Kriege der Sparpolitik bei Bildung und Sozialausgaben gegenüberstellen, nachdem wir das Ausmaß der deutschen Kriegseinsätze beschrieben haben.

Die Outings sind ein weiteres, zentrales Instrument. Das Besondere an dieser Aktionsform ist die Zuspitzung auf einen konkreten Kriegstreiber, etwa einen Waffenproduzenten. Durch diese Aktionsform machen wir unsere Kritik an der Rüstungsindustrie, der deutschen Kriegspolitik und der Bundeswehr greifbar. An konkreten Beispielen können wir so aufzeigen, wie beispielsweise Rüstungskonzerne von den Kriegen in aller Welt profitieren, während die Bevölkerungen der betroffenen Länder (aber auch die deutsche Bevölkerung) deren Konsequenzen tragen müssen.

Mit den offenen Treffs wollen wir niedrigschwellige Organisationsangebote schaffen für Jugendliche, mit denen wir in der Kampagne in antimilitaristische Aktion kommen. Damit reagieren wir darauf, dass viele Jugendliche zu hohe Verbindlichkeit und feste Strukturen zunächst als abschreckend empfinden und dass das eine Hürde für sie ist, sich (organisiert) politisch zu betätigen.

Werkzeugkontrolle:

1. Wie stellen sich Jugendliche in Deutschland zu den Einsätzen der Bundeswehr?
2. Wo liegt der Argumentationsfehler bei den Teilen der Friedensbewegung, die die Souveränität Deutschlands anzweifeln?
3. Wie knüpfen wir an der Position Liebknechts zum Ersten Weltkrieg an?

Arbeitsfragen:

1. „Es geht für uns darum, das eigene Erleben und die Theorie zusammenzuführen. Dabei wollen wir das Bewusstsein verbreiten, dass Krieg und Aufrüstung unserem Interesse nach einem friedlichen und sicheren Leben entgegenstehen, ebenso wie die damit verbundenen Milliardenkosten unserem Interesse nach einem ausfinanzierten Bildungs- und Sozialsystem.“ Was heißt das bei euch vor Ort?

2. Rechte Kräfte in der Friedensbewegung können nicht alle Aktionen gegen den deutschen Imperialismus mitgehen. Was für Aktionen sind das? Welche Rolle sollte das Entlarven dieser Kräfte in unserer politischen Praxis spielen?

3. Bauen wir mit den Offenen Treffs nicht überflüssige Parallelstrukturen auf, die nur viel Arbeit machen? Diskutiert anhand eurer bisher gemachten Erfahrungen.

4. Kriege sind ein notwendiges Produkt des Imperialismus, da es beim Kampf um Einflussphären immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Staaten kommt.

a) Welchen Sinn hat es dann, sich in der Friedensbewegung zu engagieren, wenn Kriege auf Dauer eh nicht vermieden werden können.

b) Wie unterscheidet sich unsere Position (z.B. in Bündnissen gegen den Krieg) von der Position von Pazifisten?

SSDAYS 